



An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn
Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 04.04.2014

AN/0588/2014

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	08.04.2014

Zusatz- und Änderungsantrag zu TOP 10.27 - Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie, den nachfolgenden Zusatz- und Änderungsantrag zu TOP 10.27 – Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge (Vorlage 0873/2014), auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 08. April 2014 zu setzen:

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln Dünnwald, wird nicht weiter verfolgt, da an dieser Stelle höchstens eine temporäre Nutzung erfolgen soll.

Die Verwaltung soll daher prüfen,

- ob das Gelände Gemarkung Dünnwald, Flur: 55, Flurstück 58 für eine temporäre Nutzung verwendet werden kann (z.B. Containerlösung),
- oder ob es in Köln Dünnwald ein alternatives Gelände gibt, auf dem eine temporäre Einrichtung erstellt werden kann.

Begründung:

Der Rat der Stadt Köln ist sich darüber bewusst, dass die vorhandenen Ressourcen zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln auf Grundlage des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) und des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) ausgeschöpft sind und neue Unterbringungsmöglichkeiten bereitgestellt werden müssen.

Das oben angegebene Gelände befindet sich jedoch im Grüngürtel der Stadt Köln. Eine dauerhafte Inanspruchnahme – die durch die ausgesprochen kostenintensive Sanierung erfolgen könnte – würde den Zielen der Erhaltung des für die Stadt wertvollen Grüngürtels entgegenstehen.

Daher ist an dieser Stelle eine temporäre Einrichtung zu wählen oder ggf. ein alternativer Standort für eine solche aufzuzeigen. Für eine temporäre Einrichtung spricht ebenso die deutlich kurzfristigere Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten gegenüber einer Sanierung. Auch hier ist natürlich eine entsprechende Beteiligung der Bevölkerung zwingend notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer